

Haushaltsrede Grüne/Neue Köpfe, 19.12.2023, Ruth Birkle

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Petzold-Schick,
Herr Bürgermeister Glaser und sehr geehrte Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

Im Haushaltsjahr 2024 geht auch wieder eine Amtszeit des Gemeinderats zu Ende. Es ist sicherlich nicht übertrieben, zu sagen, dass uns diese Amtszeit besonders herausgefordert hat.

Der Wirtschaftsabschluss des vergangenen Jahrs fiel immerhin – wieder einmal – besser aus als erwartet. Doch die Zinsen und die Baukosten steigen und das ändert auch für städtische Projekte einiges. Und wie immer muss die Kommune sparen und soll doch ihre Aufgaben bestens und immer besser erfüllen.

Vieles ist dabei beim Alten geblieben ist und wir sehen uns gezwungen, Ihnen heute Wiederholungen aufzutischen. – neben der bereits erwähnten altbekannten Suche nach Einsparmöglichkeiten.

Auf der Tagesordnung bleibt das Thema Umstellung der Energieversorgung. Bruchsal ist bei der Wärmeleitplanung vorbildlich, doch die Umsetzung geht schleppend. Die Planung des Ausbaus der Photovoltaik Anlagen auf städtischen Dächern begrüßen wir ausdrücklich. Ebenso begrüßen wir den geplanten Ausbau der Windkraft und unterstützen selbstverständlich den Ausbau der Geothermie-Nutzung. Diese greift kaum ins Stadt- und Landschaftsbild ein – optisch ist sie sozusagen die unsichtbarste erneuerbare Energiequelle, das gibt ihr zur Zeit eine gewisse Akzeptanz. Doch auch sie ist nicht kostenlos: Die Nutzung der Geothermie benötigt ein neues und eigenes, damit auch teures Leitungsnetz. Interessant ist dabei, dass in Bruchsal in den früheren Jahren bei der Geothermie Nutzung daran gearbeitet wurde, mit dem heißen Wasser Strom zu erzeugen. Schade, dass die Gelder, die auch Bruchsal selbst in diese Forschungsanlagen investiert hat, so wenig Erfolg gebracht haben.

Wir werden also leider nicht nur Stromkabel verlegen, sondern ein neues und entsprechend teures Fernwärmeleitungsnetzes ausbauen müssen.

Im Schneckentempo entwickelt sich die Stadt für diejenigen, die von der Autonutzung im Stadtbereich wegkommen wollen. Viele Geh- und Radwege sind zu schmal, schräg, löchrig, zugeparkt oder zugestellt mit Mülltonnen, Verkehrszeichen oder auch

Plakaten. Hier wünschen wir nebenbei der präzisierten Plakatier-Richtlinie viel Erfolg im kommenden Wahlkampf.

Der Bahnhof, die Verkehrs- Drehscheibe, kämpft weiter mit Problemen. Die Benutzung der Unterführung bleibt ein Lotteriespiel, egal ob mit Rollstuhl, Kinderwagen oder Fahrrad – funktionieren die Aufzüge oder nicht? Oder wie lange muss ich Schlange stehen, bis ich in den Aufzug einsteigen kann? Wir sollten bei weiteren Planungen dazu lernen und ernsthaft über Rampen nachdenken: sie sind im Gegensatz zu Aufzügen immer und auch bei Stromausfall mit Rollstuhl, Rad und Kinderwagen benutzbar.

Bedauerlich ist, dass der neue zentrale Omnibusbahnhof nicht mit Solardächern überdacht wird. Ebenso bedauerlich ist, dass die Verlängerung der Straßenbahn S2 von Stutensee über Bruchsal nach Waghäusel nicht vorankommt. Leider war in Bruchsal die Begeisterung für Straßenbahnen schon immer gering - schon damals, als das Einschleifen der Stadtbahn aus Bruchsal in die Karlsruher Innenstadt lebhaft bekämpft wurde, weil sie angeblich Kaufkraft aus Bruchsal abziehen würde. Doch überall dort, wo ein schienengebundener Verkehr angeboten wird, wird das Angebot gerne angenommen. Busse sind Fahrzeuge für die letzte Meile, nicht für Überlandfahrten. Auch hier muss umgedacht werden.

Bleiben wir bei den Wiederholungen: Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass neben Fußwegen echte Radwege gebaut werden: Richtungstreu und breit genug für Lastenfahräder. Multifunktionale Randstreifen auf nur einer Straßenseite machen allen, die aus dem Auto aussteigen, Probleme.

Nach dem Sparen bei den Dächern des Omnibusbahnhofs wurde weiter nach Einsparpotential gesucht:

Dabei wird das Sparpotential gerne im sozialen Bereich entdeckt. Zum Beispiel bei der Flüchtlingsunterbringung. Die Betreuung von 450 Menschen in Anschlussunterbring in ca 47 über die Stadt verteilten Räumlichkeiten benötigt mehr als eine Stelle. Dabei ist der Belegungsgrad je nach momentaner Lage mit mindestens 85 % - 90 % in Bruchsal hoch. Eine 100% tige Belegung gibt es nirgends: So passgenau sind Zuschnitte der Wohnungen nie und auch nicht alle Flüchtlinge sind nicht nur Singles, die beliebig kombinierbar untergebracht werden könnten. Genau hingeschaut geht es um eine Grundsatzfrage: Erfüllt Bruchsal vorausseilend die angeforderten Plätze – mit der Gefahr, auch einmal freie Plätze zu haben - oder wartet die Stadt, bis Plätze fehlen, um dann in einer Notsituation

städtische Einrichtungen suchen zu müssen? Das will genau überlegt sein! Und auch hier gilt: Wer zu sehr spart, zahlt am Ende drauf oder handelt sich großen Ärger ein. Zu dem Thema Flüchtlingsunterbringung kommen Unterbringung und Betreuung obdachloser und auch psychisch kranker Menschen. Dabei kann eine kluge Sozialberatung manche Probleme auffangen, allerdings benötigt die Betreuung von Menschen eben vor allem entlohnte Arbeitskraft, kein Ehrenamt. Wir danken an dieser Stelle Frau Strauß und Herrn Kern mit ihren MitarbeiterInnen für die geleistete Arbeit. Stellensparvorschläge tragen wir auf keinen Fall mit.

Die nächste Herausforderung bleibt die Kinderbetreuung. Jeder Kindergartenneubau ist bei der Eröffnung bereits zu klein. Die Stadt investiert in Bau und Betreuungskosten: Sie finanziert die neuen Kindergärten sowie neue Gruppen zu annähernd 100 %. Leider fehlt bis heute eine faktenbasierte Entscheidung für einen kommunalen Kindergarten, d.h. wir werden nicht nachlassen, bei dem nächsten Kindergarten eine kommunale Einrichtung zu fordern und dabei auch die Kosten der Träger genau zu betrachten.

Ebenso subventioniert wird auch wieder das Bruchsaler Brennholz, trotz Feinstaubproblematik und der inzwischen bekannt schlechten Ökobilanz. Erwartungsgemäß steigt dadurch auch die Nachfrage – wir sind gespannt, was passiert, wenn durch diese Förderung der Holzheizung die Verkaufszahlen jedes Jahr weiter steigen. Die Einnahmen durch den Holzverkauf machen unseren Wald keinesfalls zum gewinnmachenden Betrieb. Der Wald ist uns jedoch mehr Wert, wir brauchen ihn für die Biodiversität, als CO₂-Senke und für die Erholung, nicht als Brennholzlieferant für wenige.

Wert ist der Stadt auch die Förderung von Forschungseinrichtungen wie den Efeu-Campus, die niemals Steuern zahlen werden, manche schaffen wenigstens Arbeitsplätze. Doch die Stadt übernimmt auch hier Kosten für Kinderbetreuung, Schulen, Schwimmbäder, Nahverkehr etc. Das heißt, es werden kommunale Ressourcen eingesetzt, die an anderer Stelle fehlen. Wir hoffen dennoch, dass diese Forschungen eines Tages das Leben verbessern und nicht wie ehemals die Heißwasserverstromung der Bruchsaler Geothermie heiße Luft bleiben.

Weitere nicht geachtete Kosten entstehen aktuell bei den zahlreichen Anträgen aus den Ortschaftsräten. Die Bearbeitung dieser Anträge kostet Verwaltungsressourcen.

Wir schließen uns im Umgang mit diesen Anträgen den Vorschlägen der Stadtverwaltung an und danken für die geleistete Arbeit.

Sehr zu schätzen wissen wir das neue barrierefreie Generationenhaus – das selbstverständlich ebenso Kosten verursacht wie das gewünschte Mehr Grün in der Stadt oder alle Einrichtungen, die eine Stadt liebenswert machen.

Wir verzichten in diesem Jahr darauf, für den geplanten Neubau der Bibliothek und der VHS, Gelder zu beantragen und gehen mit dem Vorschlag mit, über das alte Feuerwehrhaus länger nachzudenken. Dabei sollte die Erinnerungstafel an die ehemalige Synagoge am ehemaligen Feuerwehrhaus jedoch schnell erneuert werden. Vor allem aber ist im weiteren Verfahren der Gemeinderat endlich ernsthaft einzubinden, um eine zufriedenstellende und demokratisch legitimierte Lösung zu finden.

Auch wenn wir den Neubau von Bibliothek und VHS zurückstellen, so heißt das nicht, dass wir diese Einrichtungen klein schrumpfen wollen. Beide sind wichtige Einrichtungen für die ganze Bevölkerung. Die Bibliothek ist ganz besonders ein niederschwelliger Treffpunkt vor allem für Kinder- und Jugendliche, eine Grundlage für Bildung und Entwicklung. Doch auch für die notwendige inhaltliche Weiterentwicklung und bessere Öffnungszeiten der Bibliothek fehlt Personal. Deshalb fordern wir, schon 2024 bei der Bibliothek eine neue Stelle zu schaffen. Ebenso begrüßen wir die Arbeit der VHS, der Kulturabteilung und des städtischen Museums, die mit ihrem Engagement auf Integration durch Bildung und Wissen setzen – ein wichtiges Element für eine friedliche Zukunft.

Wichtig für das Wohlfühlen in einer Stadt ist auch die Wohnungssituation. Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis. Dabei ist zu beobachten: Je besser die Wirtschaft läuft, desto knapper und teurer der Wohnraum. Für die dadurch entstehenden Probleme ist am Ende die Stadt zuständig. Hier wird die städtische Wohnungsbaugesellschaft gebraucht und selbstverständlich finanzielle Ressourcen der Stadt. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass auch neu gebaut wird und die Bruchsaler Wohnungsbaugesellschaft unterstützt.

Nicht nur die Wohnungsbaugesellschaft, Bibliothek, VHS, Museum und Theater, Vereine, sondern alle kommunalen Einrichtungen benötigen finanzielle Ressourcen, die sie nicht selbst erwirtschaften können. Sie alle tragen dazu bei, dass Menschen gerne in Bruchsal leben und arbeiten, sie tragen aber auch dazu bei, dass die

Verschuldung steigt. Die Einnahmen sicher zu stellen, ist die große Herausforderung für demokratische Strukturen. Denn auch diese müssen zeigen, dass sie Probleme lösen und eine angemessene Verteilung umsetzen können. Dabei sind auch die Unternehmen gefordert – wie gesagt, eine gute Versorgung mit Kinderbetreuung und Kultur nützt allen-.

Deshalb beantragen wir die Erhöhung der Gewerbesteuer um 10 Hebepunkte auf 390. Dabei ist es so wie mit allen Steuern und Gebühren: Seien es nun die Beiträge für Kindergärten, Brennholz, Parkplätze, Schwimmbäder Immer fühlt sich jemand betrogen und ausgenutzt. Dabei geraten die Kommunen, die selbst nichts produzieren dürfen oder Gewinne erwirtschaften, zwingend in eine finanzielle Schieflage.

Wir haben erlebt, dass dieser Gemeinderat sich nicht vor einer erschreckenden Pandemiesituation aus dem Staub gemacht hat. Unverständlich ist uns deshalb, dass der Mut fehlt, der Steuererhöhung zuzustimmen, die zur Sicherung kommunaler Errungenschaften notwendig sein wird – wenn nicht jetzt, dann nach der Wahl.

Wir danken abschließend der Verwaltung, aber auch allen Kolleginnen und Kollegen für die freundliche und angemessene Zusammenarbeit.

Wir stimmen dem Haushalt zu.